

Bericht aus dem Nationalrat

18.06.2009



Mag. Roman Haider

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, dass Sie auf diese Seiten gefunden haben und hoffe, dass Sie hier diejenigen Informationen finden, die Sie suchen. Ich werde in Hinkunft nach jeder Sitzung des Nationalrates hier an dieser Stelle einen kurzen Bericht über die wichtigsten Themen wiedergeben.

Bei den Sitzungen am 16. und 17. Juni standen Gesetzesvorlagen und andere Verhandlungsgegenstände aus dem Gesundheits- und Finanzbereich im Mittelpunkt. Unter anderem ging es um eine Novellierung des Ärztegesetzes und des Arzneimittelgesetzes, Vereinfachungen bei der Inspektion von Blutspendeeinrichtungen, den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung, Selbstbehalte für Therapien für Kinder und Jugendliche, die Strahlungswerte von Mobiltelefonen, die EU-weite Harmonisierung von Finanzdienstleistungen, mehr Mittel für die Feuerwehren, die Erhöhung des Anteils Österreichs am Internationalen Währungsfonds und internationale Zollabkommen.

Außerdem mussten wir uns mit einem Antrag der GrünInnen, der auf eine Abwahlmöglichkeit der drei Nationalratspräsidenten abzielt, beschäftigen. Die GrünInnen haben sich auf unseren Präsidenten Dr. Martin Graf „eingeschossen“ und betreiben eine regelrechte Menschenhatz. Sie sollten sich dafür schämen, diese scheindemokratischen Gesinnungsterroristen, die jeden bis aufs Blut verfolgen, deren nicht ihre politischen Ansichten teilt. In der aktuellen Stunde bekräftigte Unterrichtsministerin Claudia Schmied ihren Willen, die Reformen im Bildungsbereich weiter zu verfolgen, und legte ihre Vorhaben für das Schuljahr 2009/2010 dar – was für uns Freiheitliche einer gefährlichen Drohung nahekommt, hat doch Ministerin Schmied in der Vergangenheit gezeigt, dass es ihr nur darum geht, ihre abstrusen links-linken Vorstellungen von Kinderindoctrination zu verfolgen.

Ab dem Jahr 2010/11 sollen österreichweit alle Kinder im letzten Jahr vor Schuleintritt einen Kindergarten besuchen. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Bund und den neun Bundesländern wurde vom Nationalrat gebilligt. Mit dieser Vereinbarung verpflichten sich die Länder, bereits ab heurigem Herbst kostenlose Kindergartenplätze im Ausmaß von 20 Wochenstunden zur Verfügung zu stellen, ein Jahr später wird der halbtägige Kindergartenbesuch für Fünfjährige dann Pflicht. Der Bund stellt zur Deckung der Kosten jährlich 70 Mio. € bereit. Dies ist jedoch viel zu wenig, weshalb wir befürchten, dass die Gemeinden auf den Kosten sitzenbleiben werden.

Wer sich meine Reden oder die der anderen FPÖ-Abgeordneten anschauen möchte, kann dies auf youtube machen: <http://de.youtube.com/Oesterreichzuerst>

Bis zum nächsten Bericht wünsche ich Ihnen viel Gesundheit und Freude,

Ihr

Roman Haider